

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl., bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl., für einen Monat 6.— Mtl. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mtl., bei Platzvorkauf 2.00 Mtl.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 Mtl. Reklame-Kolonelle 7.50 Mtl. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 3721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Ultimatum der Alliierten.

London, 3. März. Der deutsche Bericht über die heutige Sitzung der Londoner Konferenz lautet: Die heutige Sitzung der Konferenz fand um 12 Uhr mittags im St.-James-Palast statt. An ihr nahmen außer der deutschen Delegation die englische, französische, italienische, japanische und belgische Delegation teil. Von deutscher Seite waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann, Schröder und Lewald, die Ministerialdirektoren von Simson und von Le Suire, der Vorkämpfer Stamer, sowie die Sondervertreter Preußens und Bayerns, Geheimrat Zellinger und Staatsrat von Meinel, anwesend.

Lloyd George ergriff sofort nach Beginn der Sitzung das Wort, um die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe zu geben. In längerer Rede führte er aus, daß die deutschen Vorschläge einen Angriff gegen den Grundgedanken des Versailler Friedensvertrages darstellten. Es läge durchaus nicht in der Absicht der Alliierten, Deutschland zu unterdrücken. Im Gegenteil, diese seien davon überzeugt, daß ein freies, zufriedenes und blühendes Deutschland eine notwendige Voraussetzung für den Frieden und das Wohlergehen Europas sei. Deutschland habe im Friedensvertrag seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt und habe deshalb für die Kriegsschäden Reparation zu leisten. Es sei bereits ein weitgehendes Entgegenkommen der Alliierten, daß sie im Gegensatz zu den Frankfurter Friedensverhandlungen von 1870 auf den Ersatz sämtlicher Kriegskosten verzichtet hätten. Er sei der Meinung, daß das deutsche Volk noch nicht genügend den Umfang der Zerstörungen würdige, die durch den von dem kaiserlichen Deutschland herausgeschworenen Krieg verursacht seien. In längerer Ausführung hierauf schloß Lloyd George die Verwüstungen und Zerstörungen, die in den alliierten Ländern, insbesondere in Frankreich, angerichtet seien, und die nur zum geringen Teile von kriegerischen Operationen herrührten.

Die Alliierten wären durchaus geneigt gewesen, die deutschen seitens vorgebrachten Einwände gegen die Pariser Beschlüsse mit vollem Ernst zu prüfen. Wenn Deutschland zum Beispiel eine Verkürzung der Zahlungsfrist von 42 Jahren gefordert oder anstatt der 12 Prozent Ausfuhrabgabe eine seinen Bedürfnissen entsprechende gleichwertige Maßnahme vorgeschlagen hätte, so hätte hierüber gesprochen werden können. Demgegenüber müßte er aber feststellen, daß die deutschen Gegenentwürfe als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung völlig ungeeignet seien. Im Gegenteil eine Beleidigung und Herausforderung der Alliierten bildeten. Berücksichtige man, daß Deutschland im übrigen schon in vielfacher Hinsicht den Friedensvertrag von Versailles verletzt habe, so müsse man zu der Folgerung kommen, daß die Deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen wolle, oder was noch schlimmer sei, die Kraft nicht habe, ihren Willen durchzusetzen. Angesichts dieser Sachlage habe er namens der Alliierten die Deutsche Regierung aufgefordert, bis Montag Mitteilung zu machen, ob sie die Pariser Beschlüsse annehme oder Gegenentwürfe zu unterbreiten, die eine gleichwertige Ausführung der aus dem Friedensvertrage Deutschland obliegenden Verpflichtungen sicherstellen. Andererseits würden 1. Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf sofort besetzt werden, 2. die Alliierten von ihren Parlamenten die Genehmigung einholen, von jeder Zahlung für Waren aus deutschen Besetzungen einen prozentualen Abzug für Reparationszwecke einzubehalten, 3. die an der Westgrenze eingehenden Zollmaßnahmen unter Aufrechterhaltung des deutschen Tarifs beschlagnahmt, und eine neue Zollgrenze am Rhein errichtet werden, an welcher noch den Festlegungen der interalliierten Rheinlandkommission Export- und Importzölle erhoben werden.

Lloyd George schloß seine Rede mit der Frage, ob Dr. Simons gleich eine Antwort geben wolle oder eine neue Sitzung heute nachmittags vorziehe.

Reichsminister Dr. Simons entgegnete, die Rede des Herrn Lloyd George würde mit der Sorgfalt geprüft werden, die ihrem Umfang und ihrer Bedeutung entspreche. Die Delegation werde die Antwort bis Montag mittag erteilen. Im übrigen legte Dr. Simons dagegen Verwahrung ein, daß Herr Lloyd George die Absichten der deutschen Regierung unrichtig beurteile und betonte, daß für die von den Alliierten angedrohten Zwangsmaßnahmen nach Ansicht der deutschen Regierung keinerlei Anlaß vorliege.

Belagerungszustand über das ober-schlesische Abstimmungsgebiet.

Oppeln, 3. März. Um die ruhige Durchführung der Abstimmung zu gewährleisten, wird die interalliierte Kommission schon in den nächsten Tagen über das Abstimmungsgebiet sowohl den Belagerungszustand als auch das Standrecht verhängen. Politische und sonstige Versammlungen werden während der Dauer des Belagerungszustandes verboten sein.

Nach dem Londoner Ultimatum.

Was nun?

Wieder steht die Welt vor schicksalsschweren Stunden, vor entscheidenden Entscheidungen. Wie das kapitalistische System im Jahre 1914 die imperialistischen Regierungen durch stete Ausstüngen und die Politik der Bündnisse zwangsläufig in das Unheil des Krieges hineingetrieben hat, ebenso zwangsläufig, ebenso wenig von Ueberlegung und Vernunft beherrscht rollt auch jetzt das Rad der Geschichte ab. In jedem Lande ist die Regierung, die herrschenden kapitalistischen Schichten, die sie zu den unsinnigen Forderungen auf der einen Seite, den unzulänglichsten Gegenentwürfen auf der andern Seite zwingt.

Ueber den Wahnsinn der Pariser Beschlüsse braucht nicht weiter gesprochen zu werden, es ist von unserer Seite aus genügend gesehen und die Kritik, die die deutschen Sachverständigen an ihnen geübt haben — wir veröffentlichen sie an einer andern Stelle unseres Blattes — führt einen unwiderleglichen Beweis ihrer Undurchführbarkeit und Unerfüllbarkeit. Aber es kann der deutschen Regierung der schwere Vorwurf nicht erspart werden, daß sie selbst durch ihre innen- und außenpolitische Haltung ihr teilschuldhaftig mit dazu beigetragen hat, daß diese Beschlüsse gefaßt wurden und daß die alliierten Regierungen zu Gefangenen ihrer Beschlüsse wurden.

Die Alliierten mußten sich von der fortschreitenden Rechtsentwicklung des Rufes in Deutschland bedacht fassen. Sie sahen, wie das alte Deutschland, dieser verhasste autokratisch-militaristische Obrigkeitsstaat, gegen den sich die Welt einmütig aufgewehrt hatte Stück für Stück seiner Wiederauferstehung feierte, wie die Regierung sich immer mehr ins chauvinistische Fahrwasser treiben ließ, wie ihre wichtigsten Stützen, Bureaucratie, Justiz und Heer, zu den Hauptstützen der monarchischen Reaktion wurden, die planmäßig an einer Wiedergeburt des Hohenzollernregimes arbeitete.

Die deutsche Regierung leistete durch ihre Innenpolitik dem Imperialismus der Entente unermesslichen Vorstoß, bot ihm eine gute Ausrede zu immer schärferen Forderungen und brach dem Widerstand des Proletariats der Ententeländer gegen die imperialistische Politik ihrer Regierungen von vornherein die Spitze ab. Noch schlimmer aber war, daß auch außenpolitisch derselbe Kurs eingeschlagen wurde. Die deutsche Regierung arbeitete im Ausland mit dem alten monarchistisch veränderten Diplomatenkorps weiter, sie führte die Verhandlungen stets in den schroffsten Tönen führte als Besessene die hochfahrende Sprache von anno 1914, verfolgte immer die gleiche kindische Politik eines eigenmächtigen Widerstandes, der schließlich doch vor der Androhung der Gewalt zurückweichen mußte.

Aber ihr schwerster Fehler war, daß sie es beharrlich vermied, ihren Willen zur Wiedergutmachung dessen, was ihre monarchistischen Vorgänger so schlecht gemacht hatten, klar und unambigüös zum Ausdruck zu bringen und positive, genau präzierte Vorschläge darüber zu machen, wie sie ihre Wiedergutmachungsverpflichtungen erfüllen wolle. Gewiß war sie nach dem Wortlaut des Friedensvertrages nicht dazu verpflichtet, aber sie hätte die Initiative ergreifen müssen, wenn sie es nicht auf das Diktat ankommen lassen wollte, dem sie sich jetzt gegenübersteht. Sie hat es unterlassen, sie hat wohl platonisch ihre Bereitwilligkeit erklärt, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens mitzuarbeiten, aber sie hat sich verdrängt schmeißeln von dem Widerstand der französischen Industriellen abstrahieren lassen. Und als endlich die Franzosen die Initiative ergriffen und der deutschen Regierung die Hand boten, unter vorläufigem Verzicht auf die Feststellung einer Gesamtsumme einen Plan zur Wiedergutmachung zu entwerfen — es war dies der sogenannte Sendoux'sche Vorschlag —, da ließ die deutsche Regierung die dargebotene Hand mutwillig fahren, indem sie die Vorschläge an Bedingungen knüpfte, deren Erfüllung sie dem französischen Imperialismus nicht zumuten durfte.

So kam es zu den Pariser Beschlüssen. Auch sie stellten noch nicht das letzte Wort dar, sie waren nur Vorschläge, und die deutsche Regierung hatte zum letzten Male die Gelegenheit, ihnen Gegenentwürfe gegenüberzustellen, die ihren Willen zur Wiedergutmachung deutlich kundgaben und einen Weg zum Wiederaufbau zeigten. Es muß offen ausgesprochen werden, daß sie auch dies Gelegenheit verpochte hat, daß ihre Gegenentwürfe nicht vor Willen zur Verständigung getragen waren, sondern das gleiche Unannehmbar von Seiten der gesamten Ententeoffensivpolitik propagierten, das den Pariser Beschlüssen von der gesamten Öffentlichkeit entgegengehalten war.

Die deutschen Gegenentwürfe sind auf einer ganz falschen Grundlage aufgebaut: nämlich auf derselben falschen Grundlage, auf der die Pariser Beschlüsse aufgebaut waren, die gleiche Kritik,

die an diesen geübt wurde, gilt auch für jene: Es ist nicht möglich, durch hohe Zahlungen in Waren — andre Zahlungen sind ja, wie wiederholt und übereinstimmend festgestellt wurde, nicht möglich — die Kriegsschäden wieder gutzumachen. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet ein vermehrtes Warenangebot eine verschärfte Konkurrenz, die der Industrie der Entente mehr Wunden schlägt, als die Zahlungen selbst zu heilen vermögen. Die Vorschläge der Entente suchen diesen Nachteil durch die 12prozentige Ausfuhrabgabe wegzumachen — freilich verneinlich. Die deutschen Vorschläge hingegen sehen sich mit dieser Frage überhaupt nicht auseinander.

Die deutsche Regierung hätte einen andern Ausweg suchen müssen als den falschen der Festsetzung einer Gesamtsumme, die ausschließlich in Waren zu bezahlen ist. Und er lag klar vor ihr: Wiedergutmachung ist nicht möglich durch Kampf und Konkurrenz, also durch die alten unheilvollen kapitalistischen Methoden, sondern nur durch Zusammenarbeit aller Nationen, zumindest aber der deutschen und französischen. Und dazu hätte Deutschland sich bereit erklären müssen, das beizustellen, worüber es allein verfügt: seine Arbeitskraft. Deutschland kann seine Ausfuhr nicht auf Kosten der ohnehin schon aufs kleinste herabgedrückten Lebenshaltung seiner Arbeiter und durch die Verlängerung ihrer Arbeitszeit so erhöhen, als es zur Bezahlung der Wiedergutmachungsverpflichtungen notwendig wäre und es würde eine so gewaltige Ausfuhr unter der Herrschaft der kapitalistischen Konkurrenz der Entente mehr Schaden als Nutzen. Aber es hat genügend Arbeitskräfte, um die zerstörten Häuser, Fabriken und Straßen Frankreichs wieder aufzubauen.

Freilich hat die deutsche Bourgeoisie kein Interesse und keine Freude an einer solchen Lösung: würde ihr doch die industrielle Reservearmee verlorengehen, die ihr gestattet, die Arbeitslöhne dauernd tief unter dem Existenzminimum zu halten. Ihr ist es viel sympathischer, wenn ihre Regierung sich zu Zahlungen in Waren verpflichtet, die der deutschen Industrie eine vermehrte Gelegenheit zur Scheuderkonkurrenz gibt und deren Gegenwert durch eine entsprechende Erhöhung der indirekten Steuern, die auf die arbeitenden Massen abgewälzt wird, hereinkommt. Und die deutsche Regierung, die Beauftragte der Bourgeoisie, hat so gehandelt, wie es ihr Auftraggeber ihr vorschrieb. Sie hat den Weg der Warenzahlung gewählt und keinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutschen Arbeiter die Kosten dafür tragen werden. Nach einer Meldung der Londoner Wall Mall Gazette äußerte der Sekretär im Reichsfinanzministerium, Röber, in einer Besprechung mit ihrem Vertreter, daß Deutschland zur Deckung der von ihm vorgeschlagenen internationalen Anleihe Steuern und Monopole auf Alkohol, Tabak und Zucker ansetze.

Deutschland erklärt sich also bereit, genau nach dem Rezept der Entente durch weitere Verelendung seiner Arbeiterklasse seine Verpflichtungen zu erfüllen. Aber gerade dieses prinzipielle Zugeständnis hat es, von den zahllosen Klauseln, unter denen es verhängt war, abgesehen, den alliierten Regierungen leicht gemacht, auf ihrer ursprünglichen in Paris aufgestellten Forderung zu beharren und Deutschland vor die Wahl zu stellen, sie anzunehmen oder sich schwere Zwangsmassnahmen gefallen zu lassen.

Es verdient allerdings vermerkt zu werden, daß die Entente doch in der letzten Minute vor der Ausführung der militärischen Maßnahmen, die die kriegswilligen französischen Generäle vorge schlagen hatten, Rücksichtswillig ist, daß sie sich ihrem eigenen Vorkämpfer gegenüber nicht sicher genug fühlt, militärische Gewaltmittel anzuwenden und daß sie zur Einsicht gekommen ist, daß die Waffengewalt nicht imstande ist, wirtschaftliche Probleme zu lösen. Sie hat sich darum vornehmlich auf wirtschaftliche Zwangsmassnahmen beschränkt, deren Durchführung aber das deutsche Wirtschaftsleben aufs schwerste treffen würde. Die Befehle der wichtigsten Kohlenhäfen würde zur Folge haben, daß die Entente die Verfügungsgewalt über die Ruhrkohle, das belebende Element der deutschen Industrie, erhält und zum Schaden unserer Wirtschaft nach Belieben mit ihr schalten und walten kann. Die Aufrechterhaltung einer Zollgrenze am Rhein würde die Abkürzung fruchtbarer und industriell bedeutsamer Gebiete von Deutschland und dessen industrielle Verklümmung bedeuten, die Ausfuhrabgabe für deutsche Waren, die von allen Ententeländern — und man bedenke, daß mehr als die halbe Welt zur Entente gehört — in bester Höhe eingeführt werden könnte, einen furchtbaren Schlag für die deutsche Exportindustrie. Das industrielle Leben Deutschlands wäre stündlich von der Vernichtung bedroht, die Arbeiterklasse zu qualvollem Hungertode verurteilt.

Die deutsche Regierung darf es nicht dazu kommen lassen, daß diese Zwangsmassnahmen durchgeführt werden, und wenn auch die nationalpolitische Forderung von Kiewitow bis Otto Woth das